

PRESSEMITTEILUNG

09/ 2012

Abgeordnete mit Tunnelblick

Neue Finanzierungsregelungen bringen neue Lasten für die Krankenhäuser

Potsdam, d. 13. Juni 2012. Morgen liegt dem Bundestag ein Gesetz zum Beschluss vor, das sowohl die psychiatrischen und psychosomatischen Kliniken als auch die Akutkrankenhäusern in weitere große Schwierigkeiten bringen wird. Die Einschätzung der Landeskrankenhausesgesellschaft Brandenburg (LKB) sei klar, so deren Geschäftsführer Dr. Jens-Uwe Schreck: Die geplanten neuen Finanzierungsregelungen für die stationären psychiatrischen und psychosomatischen Einrichtungen lehnen sich zu stark an das Finanzierungssystem der Akutkliniken an, das auf Fallpauschalen beruht. Damit werden sie den besonderen Bedingungen in diesen speziellen Bereichen nicht gerecht. Die Folge wird mittelfristig eine schlechtere Versorgung der Patienten sein – und dies in einem Bereich, der heute, vor allem in Flächenregionen, bereits Versorgungsdefizite aufweist.

Die neuen Regelungen für die Akutkliniken sind ebenfalls keine Unterstützung, wie das von der Regierungskoalition gern dargestellt wird. Sie setzen, ganz im Gegenteil, die bisherige Kürzungsstrategie fort. So soll den Krankenhäusern zwar eine Finanzhilfe in Höhe von 280 Mio. Euro für Tarifsteigerungen zugestanden werden. Diese reicht aber bei weitem nicht aus und gilt zudem auch nur für 2012. Gleichzeitig werden den Kliniken aber Kürzungen im Umfang von 300 Mio. Euro für zusätzlich erbrachte Leistungen auferlegt. Damit würden Regierung und Parlament den Behauptungen der Krankenkassen folgen, es würde aus rein ökonomischen Gründen zu viel operiert. Eine Behauptung, die durch nichts belegt ist, selbst wenn dies ebenfalls falsch behauptet wird.

„Während die Pharmaindustrie gerade auf Zugeständnisse hoffen kann, hat die Regierung bei den Krankenhäusern einen Tunnelblick und erkennt offenbar nicht, in welche Lage sie diese mit den immer neuen Kürzungen bringt“, erklärt der LKB-Chef. „Mitarbeiter und Führungskräfte in den Krankenhäusern sind verärgert. Ständig neue Kürzungen auf der einen Seite, neue Auflagen, wie etwa aus dem Infektionsschutzgesetz, auf der anderen, Personalengpässe, die dadurch immer größer werden.“

Wenn die Regierung eine sichere Krankenhausversorgung will, muss sie hier endlich, endlich umsteuern, ist die Forderung der LKB. Dazu gehört, dass Tarifsteigerungen voll finanziert werden – und zwar in jedem Jahr. Dazu gehört auch, dass die Kliniken für ihre Leistungen fair bezahlt werden. Als Basis für die Entwicklung der Krankenhauspreise ist der schon seit 2009 im Gesetz stehende krankenhausspezifische Kostenorientierungswert einzuführen – und zwar ohne die nun festgeschriebenen Änderungen. Diese verlängern die bisher praktizierte Orientierung an der Grundlohnrate, die völlig ungeeignet ist, die tatsächlichen Kostensteigerungen der Krankenhäuser abzubilden. Sie öffnen außerdem jährlich immer neuen, willkürlichen Eingriffen der Politik Tür und Tor.

„Wie wichtig sind der Regierung und den Abgeordneten eine stabile Krankenhausversorgung, die heute schon vielfach auch die ambulanten Leistungen absichert? Unsere Befürchtung ist, dass sie ihr gerade wieder erheblich schaden. Sehr fraglich, dass die Bürger ihnen das danken werden“, so Schreck.

Die **Landeskrankenhausgesellschaft Brandenburg e. V. (LKB)** ist der Zusammenschluss der Träger von Krankenhäusern und ihrer Verbände im Land Brandenburg. Als Mitglieder gehören dem Verein die Träger und ihre Verbände im Land Brandenburg an. Diese repräsentieren 52 Krankenhäuser mit rund 16.000 aufgestellten Betten. Die Mitgliedschaft ist freiwillig. In den Brandenburger Krankenhäusern werden jährlich über eine halbe Million Patienten behandelt. Hierfür wird ein breites therapeutisches Leistungsspektrum in den verschiedensten Behandlungsformen - stationär, teilstationär und ambulant - angeboten. Mit 23.000 Beschäftigten stellen sie darüber hinaus einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor in der Region dar.

Ansprechpartner:

Dr. Jens-Uwe Schreck
Geschäftsführer
Landeskrankenhausgesellschaft Brandenburg e. V.
Ludwig-Richter-Straße 23
14467 Potsdam
Telefon:+ 49 172 3 02 09 07
E-Mail: Schreck@LKB-online.de